



MÜHLACKER TAGBLATT

heute mit

Kinder-MT

**Samstag
6. März 2021**

68. Jahrgang
Nr. 54, E 4984 A

2,40 €

Enzkreis

Die Corona-Zahlen in der Region bleiben relativ stabil. Das zeigt auch die Karte für die Kommunen

► Seite 9

Mühlacker



Foto: Archiv

Nach einer schweren Corona-Infektion kämpft sich Dr. Peter Napiwotzky zurück in den Alltag

► Seite 9

Enzkreis

Die grüne Kandidatin Stefanie Seemann spricht im Interview über ihre Pläne und Positionen

► Seite 11

Mühlacker

Ein Filmabend lenkt den Blick auf junge Geflüchtete und ihr schwieriges Ankommen

► Seite 12

Lokalsport



Foto: Fotolia/lev.dolgachov

Wie die Pandemie die Nachwuchssorgen im Schiedsrichterwesen weiter vergrößert

► Seite 16

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13920,69 Pkt. -135,65 Pkt.	3669,54 Pkt. -35,31 Pkt.	1,938 Dollar -0,096 Cent

Wetter



Mittags 7°
Nachts -4°
Sonnenschein und trocken, wenig Wolken



Auf ein Neues!



Mühlacker (sw). Bei einer 7-Tage-Inzidenz, die am Freitag im Enzkreis bei 32,1 und in Pforzheim bei 42,1 lag, kann sich der Einzelhandel in Mühlacker auf eine Neueröffnung – unter Auflagen – am

kommenden Montag vorbereiten. „Das bedeutet uns die Welt“, sagt Gaby Flatinger vom Mode-Fachgeschäft „Schwesterherzen“, dem früheren Mode Vogt (Foto). „Uns fehlt der Kontakt zu den

Kunden.“ Auch wenn die endgültige Bestätigung noch ausstehe, so Flatinger am Abend, seien die Räume im Vorgriff auf den Neustart bereits mit viel Liebe dekoriert worden. Foto: Fotomoment

Wohnungsnot im Südwesten macht Bürgern zu schaffen

BaWü-Check der baden-württembergischen Zeitungen: Die Pandemie ist das wichtigste Anliegen, doch danach kommt gleich bezahlbarer Wohnraum. Grün-schwarze Bilanz fällt durchwachsen aus.

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Der Mangel an preiswerten Wohnungen brennt den Bürgern fast ebenso stark auf den Nägeln wie der Kampf gegen die Coronapandemie. Dies ist ein Ergebnis des BaWü-Check, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) umgesetzt wurde. 66 Prozent der mehr als tausend Befragten zählen demnach den Einsatz für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu den „wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern“. Die Abwehr von Corona nennen 67 Prozent.

Für Frauen spielt das Wohnungsthema eine sogar noch größere Rolle: 72 Prozent zählen es zu ihren wichtigsten Anliegen, bei Männern beträgt der Wert 60 Prozent. Ähnliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich beim Stellenwert einer verlässlichen Kinderbetreuung: Für 40 Prozent der Frauen ist sie Teil der wichtigsten politischen Agenda, Männer nennen sie nur zu 35 Prozent. Männer halten die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet, gute Standortbedingungen für Unternehmen, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die

2

Drittel der Befragten sehen Probleme beim Digitalunterricht, 65 Prozent kritisieren die Organisation der Impftermine, 45 Prozent die Erreichbarkeit von Behörden.

40

Prozent der befragten Frauen halten verlässliche Kinderbetreuung für ein zentrales politisches Thema, bei Männern ist dies bei 35 Prozent der Fall.

Förderung des wissenschaftlichen Fortschritts sowie Effizienzsteigerungen der Verwaltung für wichtiger als Frauen.

Für ihr Krisenmanagement in der Pandemie erhält die Landesregierung von 54 Prozent der Befragten eine gute oder sogar sehr gute Note. 37 Prozent äußern sich kritisch. Allerdings hat die Mehrheit gleichzeitig den Eindruck, dass die Effizienz von Staat und Verwaltung zu wünschen übrig lässt.

32 Prozent der Befragten bewerten die Politik von Grün-Schwarz als erfolgreich, 26 Prozent als nicht erfolgreich. 72 Prozent haben von Ministerpräsident Winfried Kretschmann eine „gute Meinung“, 28 Prozent sehen ihn kritisch. Seine CDU-Herausforderin, Kultusministerin Susanne Eisenmann, wird von 32 Prozent derjenigen, denen sie ein Begriff ist, positiv bewertet, von gut zwei Dritteln kritisch. Die Umfrage unter mehr als tausend Menschen fand vom 19. bis 26. Februar online statt.

Laut Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen fürs ZDF legen die Grünen im Land um einen Punkt auf 35 Prozent der Stimmen zu. Die CDU kommt auf 24 Prozent (-4), die AfD liegt unverändert bei elf, die SPD bei zehn Prozent. Die FDP klettert auf zehn Prozent (+1).

► Leitartikel

80 Millionen Euro für EnBW wegen Atom-Ausstiegs

Die Bundesregierung einigt sich mit Konzernen auf Milliardensumme.

BERLIN/KARLSRUHE. Die Bundesregierung hat sich nach jahrelangem Rechtsstreit mit den Energiekonzernen auf eine Entschädigungssumme für den beschleunigten Atom-Ausstieg geeinigt. Der Karlsruher Energiekonzern EnBW beispielsweise soll rund 80 Millionen Euro bekommen. Wie aus einer Erklärung der Bundesministerien für Umwelt, Finanzen und Wirtschaft hervorgeht, sollen die Konzerne RWE, Vattenfall, Eon/PreussenElektra und EnBW zusammen 2,43 Milliarden Euro Ausgleich für entgangene Gewinne und umsonst getätigte Investitionen erhalten.

Wie der Chef der EnBW-Kraftwerksparte, Jörg Michels, sagte, müssten die Konzerngremien der Einigung noch zustimmen. Zudem sei noch eine Gesetzesänderung nötig. Der Anspruch auf Entschädigung war den Konzernen durch den überraschenden Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie im Jahr 2011 nach dem Reaktorunglück von Fukushima entstanden.

Daimler: Stammwerk wird zu Elektrocampus

Der Umbau des Standorts Untertürkheim kostet Jobs.

VON ANDREAS SCHRÖDER

STUTTGART. Der Streit über die künftige Ausrichtung des Daimler-Stammwerks in Stuttgart-Untertürkheim ist beigelegt. Für mehr als 400 Millionen Euro soll der Standort zu einem Campus für Elektromobilität umgebaut werden. In dem Werk dort sollen künftig Elektromotoren, Batterien und komplette Antriebssysteme entwickelt und gebaut werden, und zwar in deutlich größerem Umfang als bisher geplant, teilte der Autobauer mit. Der Standort spielt damit in den Planungen des Konzerns, der den Bau von Elektrofahrzeugen in den kommenden Jahren massiv vorantreiben will, eine zentrale Rolle.

Daimler will dort künftig zudem auch selbst – zumindest in kleiner Serie – Batteriezellen fertigen. Im Gegenzug fällt Produktionsvolumen im Bereich der Verbrennungsmotoren weg. In Summe wird das am Ende auch Arbeitsplätze kosten – eine Zahl nannte der Konzern allerdings nicht. „Der

Betriebsrat redet nicht über Abbauzahlen“, sagte der Betriebsratschef in Untertürkheim Michael Häberle.

Die nun getroffene Vereinbarung sieht neue Personalmaßnahmen vor: In der Produktion und in den produktionsnahen Bereichen wird es die Möglichkeit freierwilliger Abfindungen geben. Ein freiwilliger Wechsel an andere Standorte in der Region – Sindelfingen und Rastatt – ist möglich. Niemand könne dazu gezwungen werden, betont Häberle. Und in Absprache mit dem Betriebsrat hat der Konzern die Möglichkeit, Mitarbeiter „temporär auf nicht gleichwertige Arbeitsplätze zu versetzen“ – bei unveränderter Entgeltfortzahlung.

Unternehmen und Betriebsrat hatten monatelang über die Zukunft des traditionsreichen Standorts gestritten. 1904 war das Werk dort eröffnet worden. Untertürkheim ist das Leitwerk für Antriebstechnik im Produktionsnetz von Mercedes-Benz. Rund 18 000 Menschen arbeiten dort.

► Kommentar

Gericht untersagt Beobachtung der AfD

Parteichef Chrupalla spricht von „Klatsche“ für Verfassungsschutz.

KÖLN/BERLIN. Der Bundesverfassungsschutz darf die unter Extremismus-Verdacht stehende AfD vorerst nicht beobachten. Das entschied das Verwaltungsgericht Köln und gab damit einem Antrag der Partei statt. Zugleich warf das Gericht dem Inlandsgeheimdienst vor, die mit dem Gericht vereinbarte Vertraulichkeit des Falles gebrochen zu haben. Ein Gerichtssprecher sagte, das Verwaltungsgericht habe mit einer sogenannten Zwischenentscheidung die Aktivitäten des Verfassungsschutzes verboten, bis über den Eilantrag der AfD gegen die Beobachtung und Einstufung als Verdachtsfall entschieden werde.

Eine inhaltliche Bewertung der Einstufung als mögliche Gefahr für die verfassungsgemäße Ordnung sei mit der nun angeordneten Aussetzung der Beobachtung nicht verbunden. Wann über den Eilantrag entschieden wird, blieb zunächst offen. Der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla äußerte sich erfreut und sprach von einer „Klatsche“ für den Geheimdienst. (rtr)

Kommentar

Neustart

Daimler ist voll auf Elektrokurs und rüstet nun sein Stammwerk um.

VON KLAUS KÖSTER

Der Kampf um einige Flächen im Daimler-Stammwerk Untertürkheim steht für die großen Fragen der Autoindustrie: Baut man weiter Kurbelwellen oder erichtet man einen nagelneuen Campus für die E-Mobilität? Der Konzern hat sich entschieden: Er will Platz für das E-Auto schaffen – auch im übertragenen Sinne. Die Forderung steht geradezu symbolhaft für den Weg, auf den Ola Källenius den Konzern systematisch ausrichtet.

Die nun erzielte Einigung zeugt davon, dass die Betriebsparteien bei Daimler zwar immer wieder aufeinander losgehen, trotz hochkochender Emotionen aber zu vernunftgesteuerten Lösungen finden. Das Werk Untertürkheim, in dem sich der Wandel der Branche bündelt wie unter einem Brennglas, wird künftig die Entwicklung der Elektromobilität anführen – eine wichtige Weichenstellung und ein regelrechter Neustart. Der Verbrenner dagegen wird nicht nur in der Strategie zum Auslaufmodell, sondern auch dort, wo sich die großen Wellen brechen – in der Produktion vor Ort.

Der Betriebsrat hat dem Konzern abgetrotzt, am E-Auto viel stärker beteiligt zu werden als bisher angeboten. Das hilft, um einen harten Schnitt zu vermeiden und vor allem jüngeren Menschen den Umstieg in eine Technologie zu ermöglichen, deren Bedeutung steigen wird, auch wenn niemand wissen kann, was sich am Ende durchsetzt. Hat Källenius Erfolg, kommt dies dem Stammwerk nun viel stärker zugute als geplant – bleibt der Erfolg aus, gilt umgekehrt das Gleiche. Källenius setzt alles auf die E-Karte, und kein anderes Werk ist von seinem Erfolg künftig so abhängig wie das Stammwerk mit seinen rund 18 000 Mitarbeitern.

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de

Papst fordert im Irak Schutz für Christen ein

BAGDAD. Mit einem historischen Besuch im Irak hat Papst Franziskus langjährige Hoffnungen der leidgeprüften Christen des Landes erfüllt. Zum Auftakt seiner viertägigen Reise rief der 84-Jährige Iraks Führung am Freitag auf, allen religiösen Gruppen Rechte und Schutz zu gewähren. Es ist der erste Besuch eines Oberhauptes der katholischen Kirche im Irak. Im Vorfeld hatte es auch Kritik gegeben, weil der Papst das Land inmitten der Coronapandemie bereist.

Franziskus erklärte bei einem Empfang mit Staatschef Barham Salih im Präsidentenpalast, es sei von entscheidender Notwendigkeit, alle politischen, sozialen und religiösen Gruppen zu beteiligen und die Grundrechte aller Bürger zu garantieren. Zugleich forderte ein Ende der Gewalt. (dpa)